

# Vertrag

zur Fertigung, Montage, Inbetriebnahme  
sowie Wartung einer

## biplanen Angiographieanlage

Zwischen der

**Hegau-Bodensee-Klinikum GmbH**, Virchowstraße 10, 78224 Singen Hohentwiel, vertreten  
durch den Geschäftsführer Bernd Sieber, ebenda,

(auch „Auftraggeberin“)

und der

**●Firma der Auftragnehmerin**, Rechtsform, Anschrift; wird bei Zuschlag nachgetragen], vertre-  
ten durch **●**,

(auch „Auftragnehmerin“)

(gemeinsam auch die „Parteien“)

wird folgender Vertrag geschlossen:

### Inhaltsverzeichnis

1. Vertragsgegenstand.....	2
2. Leistungsteil 1: Fertigung, Montage, Inbetriebnahme .....	3
3. Leistungsteil 2: Wartung .....	4
4. Allgemeine Regelungen.....	5

## 1. Vertragsgegenstand

- 1.1. Gegenstand dieses Vertrags ist die Beschaffung einer an die spezifischen Belange und Rahmenbedingungen des Hegau-Bodensee-Klinikum Singen angepassten

### **biplanen Angiographieanlage.**

- 1.2. Die Leistungen der Auftragnehmerin gliedern sich wie folgt:

- **Teil 1:** Fertigung, Montage, Inbetriebnahme (inklusive Erstellung, Lieferung, Einbringung, Installation und erforderlicher technischer und rechtlicher Prüfungen und Abnahmen)
- **Teil 2:** Wartung für einen Zeitraum von 10 Jahren (auch „Instandhaltung“)

- 1.3. Optionen

Die Auftragnehmerin kann Leistungsteil 2 separat von Leistungsteil 1 abrufen und hierbei frei zwischen zwei Serviceleveln wählen (Betriebswartung, Vollwartung).

Der Vertrag enthält zu beiden Leistungsteilen noch weitere optionale Leistungen, die die Auftraggeberin ganz oder teilweise zu den Bedingungen dieses Vertrags von der Auftragnehmerin abrufen kann. Die Auftragnehmerin hat keinen Anspruch auf Abruf optionaler Leistungen und kann aus einem Nichtabruf keine Ansprüche geltend machen.

Die Auftragnehmerin hat die Auftraggeberin unaufgefordert in Textform zu unterrichten, soweit die Beauftragung von Optionen oder weiteren Leistungen erforderlich ist.

- 1.4. Bestandteile des Vertrags sind in nachstehender Reihen- und Rangfolge:

- a) der Text dieses Vertragsdokuments,
- b) Klarstellungsliste mit Antworten auf Bieterfragen, Version **● wird zum Zuschlag eingetragen**
- c) Leistungsbeschreibung, Version vom 28.04.2026
- d) Fristenplan der Auftragnehmerin vom **●** gem. Ziff. 4.2 der Leistungsbeschreibung
- e) Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) (=Formblatt 05)
- f) Eigenerklärungen aus dem Vergabeverfahren zu EU-RUS-Sanktionen (=Formblatt 06)
- g) Angebot der Auftragnehmerin vom **●** (= Formblatt 20 - Angebot GLKN\_Biplan)
- h) Auftragsverarbeitungsvertrag vom **●**
- i) Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.08.2003 (BAnz. Nr. 178a)
- j) anwendbare gesetzliche und behördliche Bestimmungen und Auflagen, insbesondere medizintechnischer sowie bau-, gewerbe-, feuerpolizeilicher Art, insbesondere die Landesbauordnung des Landes Baden-Württemberg in ihrer aktuellen Fassung
- k) Soweit relevant: Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (=Formblatt 02)
- l) Soweit relevant: Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleihe (=Formblatt 07)

- m) Die übrigen Unterlagen der Auftragnehmerin aus dem Teilnahmeantrag vom [●] und dem Angebot vom [●] (auch Anlagen zu Formblatt 20 - Angebot GLKN\_Biplan)
- 1.5. Die Vertragsbestandteile sind der Auftragnehmerin bekannt. Sie wird sämtliche Unterlagen, die die Auftraggeberin im Rahmen dieses Vertrages zur Verfügung stellt, im Hinblick auf eine vertragsgemäße Leistungen prüfen und unverzüglich auf festgestellte Fehler, Unstimmigkeiten, Lücken oder Bedenken in Textform hinweisen.
- ## 2. Leistungsteil 1: Fertigung, Montage, Inbetriebnahme
- 2.1. Leistung der Auftragnehmerin
- Die Leistungen der Auftragnehmerin zu Leistungsteil 1 richten sich nach der Leistungsbeschreibung und ihrem Angebot (**Formblatt 20**).
- 2.2. Optionen
- Der Vertrag enthält optionale Leistungen. Diese sind zum Leistungsteil 1 in der Leistungsbeschreibung (u.a. Ziff. 3.1, 5.1) und im Angebot (**Formblatt 20**, insbesondere Tabellenblatt „BiPlan Neuro“, Ziff. 18) beschrieben.
- Der Abruf der Optionen zu Leistungsteil 1 erfolgt mit Zuschlag in Textform.
- 2.3. Leistungszeit
- Die Leistungspflicht der Auftragnehmerin beginnt mit Zuschlag. Die Leistungen sind grundsätzlich kontinuierlich und insbesondere nach Ziff. 4 der Leistungsbeschreibung zu erbringen.
- Der Fristenplan der Auftragnehmerin nach Ziff. 4.2 der Leistungsbeschreibung wird nach Zustimmung der Auftraggeberin verbindlicher Vertragsbestandteil. Die darin enthaltenen Fristen werden Vertragsfristen.
- 2.4. Vergütung
- Die Auftraggeberin zahlt der Auftragnehmerin für die Leistungen nach Leistungsteil 1 die in im Angebot festgelegte Vergütung (**Formblatt 20** Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden., Tabellenblatt „Preisblatt“, Ziff. 5.4 „Preis netto“), zuzüglich der Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe.
- 2.5. Abnahme, Gefahrübergang und Gewährleistung
- Die Parteien vereinbarten für die Leistungen der Auftragnehmerin die förmliche Abnahme. Fiktive Abnahmen sind ausgeschlossen.
- Im Übrigen richten sich Abnahme, Gefahrübergang und Gewährleistung sich nach der Leistungsbeschreibung (dort insbesondere Ziff. 3.9) und der VOL/B (dort insbesondere §§ 13 ff.), im Übrigen nach den gesetzlichen Vorschriften.

## 2.6. Kündigung

Beide Vertragsparteien können den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist in Textform kündigen. In der Kündigung sind die maßgeblichen tatsächlichen Umstände darzulegen.

Die Kündigung des Vertrags oder Leistungsteil 1 hat Wirkung für den Gesamtvertrag.

## 3. Leistungsteil 2: Wartung

### 3.1. Grundleistungen

Die Leistungen der Auftragnehmerin zu Leistungsteil 2 richten sich nach der Leistungsbeschreibung und ihrem Angebot (**Formblatt 20**).

Die Leistungen sind vollständig optional und gliedern sich in zwei Servicelevel:

- Betriebswartung
- Vollwartung

Die Auftragnehmerin hat keinen Anspruch auf Abruf dieser Leistungen und kann aus einem Nichtabruf keine Ansprüche geltend machen.

Der Abruf der Wartung (Leistungsteil 2) erfolgt mit Zuschlag in Textform. Hierbei kann die Auftraggeberin einmalig frei den Servicelevel wählen. Der Abruf gilt für die gesamte Vertragslaufzeit. Ein Wechsel des Servicelevel bedarf der Zustimmung der Auftragnehmerin.

### 3.2. Weitere Optionen

Die weiteren optionalen Leistungen zu Leistungsteil 2 richten sich nach dem Servicelevel und sind insbesondere im Angebot (**Formblatt 20**, Tabellenblatt „*Instandhaltung*“, Ziff. 5 und Ziff. 7) beschrieben.

Soweit eine weitere Option ihrer Natur nach eines separaten Abrufs bedarf, ist der Abruf jederzeit in Textform mit einer Frist von 14 Kalendertagen möglich.

### 3.3. Leistungszeit (Beginn, Ende)

Die Leistungspflicht der Auftragnehmerin beginnt mit Inbetriebnahme (Leistungsteil 1), hinsichtlich etwaiger weiterer optionaler Leistungen ggf. mit Wirksamwerden des jeweiligen Abrufs.

Die Auftragnehmerin hat ihre Leistungen grundsätzlich kontinuierlich zu erbringen. Ihre Leistungspflicht endet automatisch spätestens mit Ablauf von 10 Jahren nach Inbetriebnahme, ohne dass es einer Kündigung der Auftraggeberin bedarf.

### 3.4. Kündigung

Die Auftraggeberin kann die Leistungen nach Leistungsteil 2 (Wartung) jederzeit ohne Angabe von Gründen oder aus wichtigem Grund – in beiden Fällen ganz oder teilweise – kündigen.

Ohne wichtigen Grund wird die Kündigung zum Ablauf des folgenden Kalenderjahres wirksam.

Kündigt die Auftraggeberin ohne wichtigen Grund, hat die die Auftragnehmerin Anspruch auf Vergütung der bis zum Vertragsablauf vertragsgemäß erbrachten Leistungen. Kündigt die Auftraggeberin aus wichtigem Grund, hat die Auftragnehmerin Anspruch auf Vergütung der bis dahin vertragsgemäß erbrachten Leistungen. Es besteht keinen Anspruch auf Vergütung für nicht erbrachte Leistungen. Es bleibt der Auftraggeberin unbenommen, Rechte wegen Mängeln oder Pflichtverletzungen geltend zu machen.

Die Auftragnehmerin ist zur Kündigung nur aus wichtigem Grund berechtigt (§ 648a BGB).

Eine Kündigung bedarf der Textform. Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund sind dabei die maßgeblichen tatsächlichen Umstände darzulegen.

### 3.5. Vergütung

Die Wartung ist für die Auftraggeberin in den ersten 24 Monaten kostenfrei.

Danach zahlt die Auftraggeberin der Auftragnehmerin für die Leistungen nach Leistungsteil 2 die in im Angebot festgelegte jährliche Vergütung (**Formblatt 20**, Tabellenblatt „Preisblatt“, Ziff. 7.4 „Preis netto ab dem dritten Betriebsjahr“), zuzüglich der Umsatzsteuer in jeweils gesetzlicher Höhe.

Die Auftragnehmerin rechnet ihre Leistungen 1x jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr ab.

Bei Preissteigerungen ist die Auftragnehmerin 1x jährlich berechtigt, die Vergütung maximal um die vertraglich vereinbarte Steigerungsrate anzupassen (**Formblatt 20**, Tabellenblatt „Preisblatt“, Ziff. 7.5 „Kostensteigerung p.a. ab dem dritten Betriebsjahr“). Die Anpassung ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Ablauf eines Kalenderjahres anzukündigen und wird zum Folgejahr wirksam.

Abschlagszahlungen werden nicht vereinbart.

## 4. Allgemeine Regelungen

### 4.1. Zusammenarbeit während der Vertragslaufzeit

Leistungen auf dem Gelände der Auftraggeberin sind nur nach vorheriger Terminabstimmung möglich. Die rechtzeitige Abstimmung ist Aufgabe der Auftragnehmerin und erfolgt in Textform.

Die Auftragnehmerin hat sich darauf einzustellen, ihre Leistungen bei laufendem Krankenhausbetrieb der Auftraggeberin auszuführen. Auf die – uneingeschränkt vorrangigen – Belange des Krankenhausbetriebs ist jederzeit Rücksicht zu nehmen. Beeinträchtigungen und Immissionen für die Beschäftigten und Patienten sind zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, frühzeitig mit der Auftraggeberin abzustimmen und auf ein Minimum zu reduzieren.

Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die Auftraggeberin auf Anforderung jederzeit über den aktuellen Leistungsstand, den Fortschritt sowie anstehende Leistungen zu unterrichten.

### 4.2. Zusammenarbeit bei Vertragsende

Ist der Vertrag oder ein Vertragsteil gekündigt oder anderweitig beendet, haben beide Parteien seine Abwicklung zu fördern. Beide Parteien haben dem Interesse der anderen Partei an Maßnahmen zur Beweissicherung Rechnung zu tragen und die nötigen Auskünfte zu erteilen. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, ihre Arbeiten abzuschließen und deren bisherigen Ergebnisse

auf eine Weise zu ordnen, die eine Übernahme und Fortführung der Vertragsleistung durch einen Dritten ohne unangemessene Schwierigkeiten ermöglicht. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die zur Fortsetzung der Arbeiten erforderlichen Unterlagen unverzüglich und fachgerecht an die Auftraggeberin herauszugeben. Diese Unterlagen werden Eigentum der Auftraggeberin.

Zur Feststellung des Leistungsstandes wird auf § 648a Abs. 4 BGB verwiesen; dieser findet auf alle Fälle der Kündigung oder Beendigung des Vertrages Anwendung.

#### 4.3. Wirtschaftlichkeitsprinzip

Der Auftragnehmer hat darauf hinzuwirken, dass die künftigen Betriebs- und Unterhaltungskosten in Abhängigkeit von den Nutzungszielen geringgehalten werden. Insbesondere Bau- und Wartungskosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die absehbaren Betriebs-, Verbrauchs- und Instandhaltungskosten so steigen, dass die Einsparungen dadurch im Wesentlichen aufgezehrt oder überkompensiert werden.

#### 4.4. Abrechnung und Zahlung

Soweit nicht ausdrücklich abweichend geregelt, verstehen sich alle vereinbarten Preise als Pauschalen. Eine Pauschale deckt übergeordnete sowie allgemeine Aufgaben ab, die nicht im Preisangebot mit eigener Vergütungs- oder Preisposition versehen sind.

Ein angebotener Rabatt/Nachlass ist sowohl global auf die jeweilige Gesamtsumme anzuwenden als auch auf Einzelpositionen.

Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Tätigkeiten der Auftragnehmerin und etwaiger von ihr eingesetzter Unterauftragnehmer abgegolten.

#### 4.5. Unterauftragnehmer

Jeder Einsatz von Unterauftragnehmern (auch: Subunternehmer oder Nachunternehmer) bedarf der vorherigen Zustimmung der Auftraggeberin in Textform. Dasselbe gilt für jede Änderung am vorgesehenen Einsatz von Unterauftragnehmern.

Ein Unterauftrag liegt vor, wenn ein Dritter auf Rechnung der Auftragnehmerin die vertraglichen Leistungen (oder Teile davon) selbstständig ausführen soll. Fachhändler, Lieferanten oder Versicherungsunternehmen gelten regelmäßig nicht als Unterauftragnehmer.

Für die von der Auftragnehmerin zu ihrem Angebot im Vergabeverfahren angezeigten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung der Auftraggeberin mit dem Zuschlag als erteilt.

Sämtliche Pflichten der Auftragnehmerin aus diesem Vertrag gelten entsprechend für die von ihr eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeiter. § 128 Absatz 1 GWB gilt entsprechend für Nachunternehmer. Die Auftragnehmerin hat sicherzustellen, dass diese Pflichten vollständig erfüllt werden. Die Einschaltung von Unterauftragnehmern entbindet die Auftragnehmerin nicht von der Haftung gegenüber der Auftraggeberin. Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von Ansprüchen Dritter frei, die aus Verletzung einer Pflicht nach dieser Vorschrift entstehen.

Diese Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass Leistungen ganz oder teilweise von Unterauftragnehmern im Sinne einer „Nachunternehmerkette“ nochmals vergeben werden.

#### 4.6. Vertragsverlängerung

Wird die Ausführung der Leistung für voraussichtlich längere Dauer unterbrochen, ohne dass die Leistungen dauernd unmöglich werden, kann der Vertrag mit Zustimmung beider Parteien um die voraussichtliche Dauer der Verzögerung zuzüglich angemessener Dispositionszeiten verlängert werden.

Im Übrigen ist eine Verlängerung nur nach Maßgabe von § 132 GWB zulässig.

#### 4.7. Förderung

Die Auftraggeberin wird die Leistungen ggf. mit Krankenhausfinanzierungsmitteln des Landes Baden-Württemberg finanzieren. Die Auftragnehmerin wird die Auftraggeberin im Rahmen ihrer Leistungspflicht daran unterstützen, das Land Baden-Württemberg über die Verwendung der Mittel zu informieren und sämtliche Fördermöglichkeiten auszuschöpfen. Dies umfasst insbesondere eine fachgerechte, vollständige und auch für Dritte nachvollziehbare Dokumentation.

#### 4.8. Schutzrechte Dritter

Die Auftragnehmerin garantiert, dass ihrer Leistung an die Auftraggeberin keine gewerblichen Schutzrechte Dritter entgegenstehen. Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin insofern von möglichen Ansprüchen Dritter frei.

Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche der Auftragnehmerin, ihrer etwaigen Unterauftragnehmer oder Dritten im Zusammenhang mit der Übertragung von Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechten zur vertraglichen Leistung abgegolten.

#### 4.9. Datenschutz / DSGVO

Soweit die Leistung der Auftragnehmerin personenbezogene Daten betrifft, verpflichtet sich die Auftragnehmerin zum Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrags mit der Auftraggeberin, auf Wunsch der Auftraggeberin nach einem von ihrem Datenschutzbeauftragten bereitgestellten Muster. Dies betrifft insbesondere Patienten-, Sozial- und Gesundheitsdaten und den Fall einer (temporären oder dauerhaften) Anbindung medizinischer Geräte an einen Remote-Service.

Die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen und die hierfür erforderliche Einrichtung geeigneter Maßnahmen ist Sache der Auftragnehmerin. Etwaiger Aufwand der Auftragnehmerin (und etwaiger Unterauftragnehmer) ist mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.

#### 4.10. Vertraulichkeit

Die Auftragnehmerin ist gegenüber der Auftraggeberin verpflichtet, im Hinblick auf sämtliche ihr zugänglichen Informationen über den Betrieb der Auftraggeberin Dritten gegenüber Verschwiegenheit zu wahren. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit und Vertraulichkeit von Mitarbeiter-, Patienten- und Gesundheitsdaten.

Die Auftragnehmerin verpflichtet sich insofern, die von der Auftraggeberin erhaltenen oder die ihr zugänglich gewordenen vertraulichen Informationen streng vertraulich zu behandeln. Das bedeutet insbesondere, dass die Auftragnehmerin diese Informationen an Dritte weder selbst noch



durch Mitarbeiter bekanntgeben oder sonst für andere als die vertraglich zwischen den Parteien vereinbarten Zwecke zugänglich machen oder nutzen darf.

Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, geeignete Vorkehrungen zum Schutz der vertraulichen Informationen zu treffen.

Die Auftragnehmerin wird sämtliche berechtigten Personen, die vertrauliche Informationen erhalten, über Inhalt und Umfang der Rechte und Pflichten aus dieser Vereinbarung informieren und sicherstellen, dass alle berechtigten Personen diese Bestimmungen einhalten.

Die Auftragnehmerin nutzt die erhaltenen vertraulichen Informationen ausschließlich zur Vertragserfüllung. Die Rechte an Informationen, die die Auftragnehmerin von der Auftraggeberin erhalten hat, verbleiben grundsätzlich bei der Auftraggeberin.

Die Auftragnehmerin wird nach Aufforderung der Auftraggeberin sämtliche vorliegenden vertraulichen Informationen und aufgrund dieser Informationen gefertigten weiteren Unterlagen sowie sonstigen Trägermedien an die Auftraggeberin zurücksenden bzw. ihr die Vernichtung der Informationen und Unterlagen nachvollziehbar nachweisen. Dies gilt nicht, soweit eine Verpflichtung zur Aufbewahrung aus Gesetz oder aufgrund behördlicher bzw. gerichtlicher Anordnung besteht. In letztgenanntem Fall ist die weitere Speicherung der vertraulichen Informationen durch die Auftragnehmerin nur zum Zwecke der Erfüllung dieser Verpflichtungen zulässig. Von der Vernichtung können auch solche Unterlagen ausgenommen werden, die die Auftragnehmerin auf Grundlage vertraulicher Informationen der Auftraggeberin gefertigt hat und zu denen die Parteien nach Abwägung der gegenseitigen Interessen im Einzelfall einvernehmlich feststellen, dass eine Vernichtung unverhältnismäßig oder unvereinbar mit rechtlich besonders schützenswerten Interessen des Auftragnehmers wäre, z.B. Urheberrechten. Bei der Abwägung sind berechnigte Interessen Dritter zu berücksichtigen. Die Parteien verpflichten sich, den Umgang mit diesen Unterlagen im Einzelfall gesondert in Textform zu regeln.

Durch diese Vertraulichkeitsvereinbarung wird eine Erhebung, Nutzung, Verarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten nicht legitimiert.

Die Auftragnehmerin hat auch etwaige Unterauftragnehmer entsprechend zu verpflichten.

Die Auftraggeberin ist berechnigt, die Einhaltung dieser Vertraulichkeitsverpflichtungen im erforderlichen Umfang zu kontrollieren oder kontrollieren zu lassen. Die Auftragnehmerin gewährt dazu nach Absprache ungehinderten Zutritt und Zugang zu informationsverarbeitenden Systemen, Dateien und Informationen, die mit der Durchführung der Tätigkeiten in Verbindung stehen. Der Auftraggeberin sind durch die Auftragnehmerin alle Auskünfte zu erteilen, die zur Erfüllung der Kontrollfunktion benötigt werden. Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin auf Aufforderung mitzuteilen, welche vertraulichen Informationen zurückgesendet oder vernichtet und welche aufbewahrt wurden. Die Mitteilung, dass bestimmte Unterlagen oder Informationen aufbewahrt wurden, ist zu begründen.

Sollte eine Partei Kenntnis davon erlangen, dass vertrauliche Informationen entgegen dieser Vertraulichkeitsverpflichtung weitergegeben wurden, hat die Partei die jeweils andere Partei umgehend zu informieren.



#### 4.10.1. Definitionen:

- „*Vertrauliche Informationen*“ sind alle finanziellen, technischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen, die Geschäftstätigkeit, die Mitarbeiter oder die Geschäftsführung betreffenden oder sonstigen Informationen (einschließlich Daten, digitale Aufzeichnungen, Schriftstücke, Unterlagen, Dokumente, Notizen und Know-how), welche sich auf die Auftraggeberin beziehen und welche der Auftragnehmerin, deren Organen, Mitarbeitern, Beratern oder sonstigen für sie tätigen Dritten direkt oder indirekt zugänglich gemacht werden oder diesen auf sonstige Weise zur Kenntnis gelangen. Ob und auf welchem Trägermedium die Informationen verkörpert sind, ist unerheblich; insbesondere sind auch mündliche Informationen umfasst. Unerheblich ist auch, wer die Dokumente oder andere Trägermedien erstellt hat, sofern sie Informationen verkörpern, die sich auf den Auftraggeber beziehen.
- „*Öffentlich bekannte Informationen*“ sind solche, die nachweislich vor ihrer Bekanntgabe bereits der Auftragnehmerin zugänglich waren bzw. ohne deren Verschulden während der Geltungsdauer dieser Vertraulichkeitsvereinbarung öffentlich bekannt wurden. Die Beweislast trägt die Auftragnehmerin.
- „*Berechtigte Personen*“ sind die Auftragnehmerin, deren Organe und Mitarbeiter sowie mit der Auftragnehmerin verbundene Unternehmen, deren Organe und Mitarbeiter, sofern sie jeweils einer den Schutz dieser Vereinbarung nicht unterschreitenden Vertraulichkeitsverpflichtung gegenüber der Auftragnehmerin unterliegen, und mit dem Vorhaben notwendigerweise zu befassen sind. Berechtigte Personen sind ferner beruflich oder vertraglich zur Verschwiegenheit verpflichtete Berater der Auftragnehmerin. Die Auftragnehmerin wird der Auftraggeberin im Fall einer Aufforderung die Namen und die Funktionen ihrer Berater mitteilen. Sollte die Auftraggeberin ernsthafte und entsprechend darzulegende Bedenken hinsichtlich der Einschaltung eines bestimmten Beraters haben, werden sich die Parteien hierüber beraten und bemühen, die Bedenken durch angemessene Maßnahmen auszuräumen.
- „*Mitarbeiter*“ sind Arbeitnehmer der Auftraggeberin bzw. der Auftragnehmerin und der jeweiligen verbundenen Unternehmen sowie Mitarbeiter ohne Arbeitnehmerstatus wie z.B. freie Mitarbeiter und Zeitarbeitskräfte.
- „*Verbundene Unternehmen*“ sind Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG.

#### 4.11. Schlussbestimmungen

Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags sind von den Parteien als solches zu bezeichnen und bedürfen der Textform. Das gilt auch für eine Änderung oder Aufhebung dieser Form. Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags können auf Seiten der Auftraggeberin die Durchführung eines förmlichen Vergabeverfahrens erfordern. Sie stehen daher unter dem Vorbehalt ihrer Zulässigkeit als Auftragsänderungen ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens nach § 132 GWB.

Es gilt deutsches Recht mit Ausnahme des UN-Kaufrechts.

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist im kaufmännischen Geschäftsverkehr Singen (Hohentwiel).

Der Vertrag ist mit Zuschlagserteilung im Vergabeverfahren rechtswirksam geschlossen, ohne dass es einer gesonderten Unterzeichnung bedarf. Eine nach Zuschlagserteilung ausgefertigte, unterzeichnete Fassung hat rein deklaratorischen Charakter.